

JSPS Rundschreiben

aus Wissenschaft und Forschung

Japan aktuell

Communication and Understanding

Als fünfte gemeinsame Veranstaltung der Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) und der Deutschen Gesellschaft der JSPS-Stipendiaten e.V. fand am 12. und am 13. Mai in Berlin ein Symposium zum Thema ‚Communication and Understanding‘ statt. Bei sommerlichen Temperaturen freuten sich die Veranstalter im Astron Hotel Berlin/Potsdam in Kleinmachnow ca. 180 Teilnehmer, Wissenschaftler aus Deutschland und Japan, ehemalige Stipendiaten der JSPS und japanische Humboldt-Stipendiaten sowie zahlreiche Ehrengäste begrüßen zu dürfen. Das Symposium fand im Rahmen der zweijährigen Veranstaltungsreihe ‚Japan in Deutschland‘ statt.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch den Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft der JSPS-Stipendiaten e.V., Herrn Dr. Uwe Czarnetzki. Danach richteten der japanische Botschafter, Herr Dr. Kunisada Kume, der Bürgermeister der Stadt Kleinmachnow, Herr Dr. Wolfgang Blasig, der Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung, Herr Dr. Manfred Osten, sowie der Direktor der JSPS Tokyo, Herr Prof. Kanichiro Kato, einige kurze Begrüßungsworte an die Gäste. Der erste Vortrag des Symposiums wurde von Prof. Dr. Constantin von Barloewen, Professor der Université Européen de la Recherche (Paris), zum Thema ‚Culture as a Factor of ‚Realpolitik‘‘ gehalten. Anschließend berichtete Prof. Dr. Tadimitsu Kishimoto, Präsident der Osaka University über ‚100 Years in Immunology and its Future Prospects‘. Nach der Kaffeepause folgte ein Beitrag von Prof. Dr. Hans Markowitsch, Universität Bielefeld, mit dem Titel ‚Memory and Memory Disorders: Organic and Psychic Correlates‘.

Den Abschluß des Tages bildete ein gemeinsames Abendessen im Restaurant ‚stil‘ im Stilwerk in der Berliner Innenstadt.

Herr Volker Klein, Generalsekretär des Japanisch Deutschen Zentrums Berlin, veranschaulichte mit seiner Tischrede die deutsch-japanischen Beziehungen. Akiko Tanaka, japanische Violinistin und Preisträgerin internationaler Musikwettbewerbe, Radoslaw Szulc, Erster Konzertmeister des Symphonieorchesters des Bayerischen Rundfunks und die Pianistin Dunja Robotti gestalteten mit Stücken von Bach und Sarasate das künstlerische Rahmenprogramm.

Als erster Vortragender am zweiten Tag des Symposiums gewährte Prof. Dr. Erwin Laszlo, Präsident des Club of Budapest, Einblick in die Thematik ‚Challenges of Society at the Dawn of the 21st Century‘. Es folgte ein Vortrag von Herrn Prof. Dr. Tetsuhiko Ikegami, Vize-Präsident der University of Aizu, zu ‚Opto-Electronics Towards Tera-Bits Realm - Impediment and Strategy‘. Den Abschluß des Symposiums bildete ein Beitrag von Dr. Katsuyuki Miyauchi, Executive General Manager Corporate Technology Group, Hitachi Europe Ltd., zum Thema ‚Frontiers of Technology in Microelectronics – Our Activities in Collaboration with Academia‘.

Mit einem Mittagessen schloß dieses Symposium sodann am Samstag. Die Vielfältigkeit der Vorträge, die freundliche Atmosphäre und die zahlreichen Möglichkeiten zum persönlichen Austausch haben diese Veranstaltung nicht nur auf Seiten der Organisatoren sondern sicherlich auch bei den Teilnehmern in guter Erinnerung gelassen.

Auftragsforschung an öffentlichen Hochschulen

Zur stärkeren Konkurrenzfähigkeit der japanischen Industrie sollen bis Ende Juni neue Richtlinien für die Vergabe von

Forschungsaufträgen durch Privatunternehmen an öffentliche Hochschulen verabschiedet werden. Damit beabsichtigt die Regierung eine mehrjährige vertragliche Bindung von Hochschulen und Unternehmen (bislang waren nur jährlich zu erneuernde Kooperationsverträge möglich) und eine flexiblere Verfügbarkeit der Mittel für die Wissenschaftler entsprechend den Forschungsfortschritten. Bislang werden die Fördermittel der Unternehmen nicht den Hochschulen direkt zur Verfügung gestellt, sondern über detailliert ausgearbeitete Haushaltspläne jährlich beim japanischen Bildungsministerium beantragt. Unvorhergesehene Mehrausgaben oder Überschüsse ziehen einen beträchtlichen Verwaltungsaufwand nach sich, und oft verfällt nicht genutztes Budget zu Gunsten des Staates.

Die Unzufriedenheit mit der bisherigen Regelung ist sowohl in Industrie- als auch in Hochschulkreisen groß. Selbst die dem Premierminister nahestehenden 'Konferenz zur industriellen Wettbewerbsfähigkeit' fordert Reformen. Unter den bisherigen Bedingungen sei die Vergabe von Forschungsaufträgen an amerikanische oder europäische Universitäten für die Unternehmer weitaus attraktiver.

Der Entwurf des 'Gesetzes zur Stärkung der technologischen Leistungsfähigkeit' soll darüber hinaus Nebenerwerbsmöglichkeiten für beamtete Lehrkräfte beinhalten. Mit dem Ziel, staatliche Technologie industriell zu verwerten bzw. das Managementpotential der Unternehmen zu stärken, soll den Lehrkräften öffentlicher Hochschulen künftig die zusätzliche Ausübung von Geschäftsführer- oder Aufsichtsratsposten erlaubt werden.

Schließlich werden weitere Maßnahmen erörtert, wie z.B. die Halbierung der Patentgebühren für öffentliche Hochschulen, klein- und mittelständische Betriebe und Venture-Unternehmen sowie die kostenfreie Nutzung von Universitätsgelände für Technologietransferstellen, die die Vergabe von Lizenzen für Hochschulpatente an Privatunternehmen regeln.

(Quelle: Nikkei 25.01.00)

University of Tokyo intensiviert Zusammenarbeit mit Unternehmen

Häufig wird kritisiert, dass die Forschungsergebnisse japanischer Wissenschaftler von den Unternehmen nicht

verwendet werden können. Die University of Tokyo strebt daher eine Kooperation mit der Industrie nach amerikanischem Vorbild an. Gastprofessoren aus der Industrie prüfen in Absprache mit ihren Universitätskollegen, ob die Forschungsergebnisse für die Unternehmen nützlich sein könnten. Diese Forschungsinhalte aus verschiedenen Fachgebieten sollen dann als Internet-Datenbank den Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Vorbild sind dabei die Venture-Unternehmen, die in den USA in den 80er Jahren aus einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universitäten hervorgegangen sind und das Wirtschaftswachstum förderten.

Ferner will die Regierung eine Gesetzesänderung durchsetzen, die es Wissenschaftlern und Universitätsprofessoren ermöglicht, ordentliches Vorstandsmitglied in Privatunternehmen zu werden. Dadurch soll der Technologietransfer von der Universität in den Industriesektor erleichtert und die universitären Forschungsergebnisse in Industrieprojekte umgesetzt werden. Bislang war dies aufgrund des „National Civil Servant Law“ nicht möglich.

Den staatlichen Universitäten soll es auch gestattet werden, Finanzmittel aus dem Privatsektor anzunehmen, wenn sie mit Projekten und gemeinsamen Forschungsvorhaben beauftragt werden.

Im Haushalt des Fiskaljahres 2000 stehen 2,6 Mrd. Yen für die Unterstützung von Universitätswissenschaftler zur Verfügung, die Forschung und Entwicklung im Auftrag der Industrie betreiben.

(Quelle: Asahi 29.02.2000, Japan Times 07.02.2000)

Studenten immer schlechter in Mathe

Die Mathematikkenntnisse japanischer Studenten werden immer schlechter. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie, die im letzten Jahr unter der Leitung von Professoren der University of Kyoto und der Keio University an 37 Universitäten in ganz Japan durchgeführt worden ist. Etwa 10.000 Studenten im ersten Studienjahr mußten 25 einfache Mathematikaufgaben lösen, die aus dem Unterricht von Grund- und Mittelschulen sowie den Aufnahmeprüfungen der Universitäten stammten. Es zeigte sich, daß selbst an staatlichen Spitzenuniversitäten

jeder vierte Student der philosophischen Fakultät nicht in der Lage war, Mathematikaufgaben der Mittelschule richtig zu lösen. Studenten an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten namhafter staatlicher Universitäten beantworteten durchschnittlich 35 Prozent der Fragen falsch.

Während Studenten der philosophischen Fakultät staatlicher und privater Spitzenuniversitäten, die bei der Aufnahmeprüfung auch in Mathematik geprüft worden sind, relativ gut abschnitten (88% richtig), waren die Resultate der Studenten, die nicht in Mathematik geprüft worden sind, erheblich schlechter (zwischen 28% und 52% richtig).

Als Grund für die schlechten Mathematikkenntnisse wird die Reduzierung der Mathematikunterrichtsstunden in den Schulen genannt. Dadurch bleibe weniger Zeit, den Unterrichtsstoff zu wiederholen, und die Schüler würden selbst mathematische Grundkenntnisse nicht beherrschen.

(Quelle: Nikkei 25.01.2000)

Neue Struktur für Graduate-Schools

Das japanische Bildungsministerium (Monbusho) hat beschlossen, die Organisationsstruktur der Graduate-Schools zu reformieren. Bisher hatten die Graduate-Schools für die verschiedenen Studienfächer jeweils nur eine sogenannte 'Forschungsabteilung' (kenkyuka), an der sowohl geforscht als auch gelehrt wurde. Diese sollen nun in eine Abteilung für Forschung (kenkyubu), der die Professoren angehören und eine Abteilung für Lehre (kyoikubu), der die Studenten angehören, unterteilt werden. Mit dieser neuen Struktur will man möglichst schnell auf die neuen Anforderungen, die die steigende Anzahl interdisziplinärer Wissenschaftsbereiche mit sich bringt, reagieren. So können bei interdisziplinären Themen Professoren verschiedener Abteilungen die Studenten unterrichten. Man hofft ferner auf einen stärkeren Austausch zwischen den Professoren der verschiedenen Abteilungen untereinander.

Nach Angaben des Monbusho ist die Zahl der Studenten, die sich für eine Fortsetzung ihres Studiums an einer Graduate-School entscheiden, in den letzten Jahren stark gestiegen, und es ist davon auszugehen, daß es in zehn Jahren über 250.000 Studenten an Graduate-Schools geben wird.

(Quelle: Asahi 07.02.2000)

Studenten geben weniger Geld aus; Schulgebühren in Tokyo gestiegen

Nach einer Studie des japanischen Bildungsministeriums sind 1998 die Ausgaben der Studenten erstmals seit Beginn der Untersuchungen im Jahre 1968 gesunken - im Vergleich zur letzten Untersuchung um 0,6% (11.400 Yen). Aufgrund der Wirtschaftsflaute erhalten die Studenten eine geringere finanzielle Unterstützung von ihren Eltern (1996: 75,6%, 1998: 72%) und geben weniger Geld für Essen, Aktivitäten in Studentenclubs oder Freizeit aus. Ebenso sind die Einnahmen der Studenten um 0,7% gesunken. Im Gegensatz zu den Lebenshaltungskosten, die um 2,9% gesunken sind, sind jedoch die Ausgaben für das Studium aufgrund erhöhter Studiengebühren um 1,3% (13.800 Yen) gestiegen.

Im Rahmen dieser Studie werden alle zwei Jahre etwa 71.000 Studenten von allen staatlichen und privaten Universitäten sowie den Graduate-Schools befragt, von denen durchschnittlich 68% die Fragen beantworteten.

Es sind jedoch nicht nur die Studiengebühren allgemein gestiegen, sondern auch die Gebühren für private Kindergärten und Schulen in Tokyo. Nach einer Studie der Stadt Tokyo sind die Unterrichtsgebühren, die die Eltern für ihr Kind vom Kindergarten bis zum Abschluss der Oberschule zahlen, im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mio. Yen auf 17 Mio. Yen angestiegen und damit höher als je zuvor (erste Untersuchung: 1992). Die Eltern von Kindern, die eine staatliche Schule besuchen, zahlen hingegen nur ca. 5,46 Mio. Yen, womit die Differenz zwischen den Kosten für private und staatliche Kindergärten bzw. Schulen ebenfalls so hoch ist wie nie zuvor.

Für diese Untersuchung wurden im Oktober 1999 6.500 Haushalte mit Kindern im Alter von 3 bis 18 Jahren befragt.

Als Grund für den Anstieg der Kosten für Privatschulen wird die sinkende Zahl der Schüler genannt. Diese Kosten sind einer der Hauptfaktoren beim Anstieg der Bildungskosten.

(Quelle: Nikkei und Yomiuri, 07.04.00)

Studie zum Sozialverhalten von Kindern

Das japanische Bildungsministerium hat Anfang Februar das Ergebnis einer

internationalen Studie zum Sozialverhalten von Kindern in Japan, Korea, England, Deutschland und den USA veröffentlicht. Von Oktober bis Dezember letzten Jahres wurden pro Land ca. 1000 Schüler der fünften und siebten Klassen aus Großstädten befragt. (Japan: ca. 2300 Schüler aus dem Stadtgebiet Tokyo aus der 5. Klasse Grundschule und 2. Klasse Mittelschule).

Bei der Untersuchung zeigte sich, dass japanische Kinder beim Gerechtigkeitsinn und der Moral hinter den anderen Ländern zurückstehen. Während in Japan nur 4% angaben, im letzten Jahr öfter anderen Kindern geholfen zu haben, wenn diese geärgert oder bedroht wurden, so waren es in Korea 9% und in den USA sogar 28% (England 17%, Deutschland 25%). Bei der Frage, ob sie häufig einen Streit zwischen Freunden schlichten würden, sah es kaum besser aus (Japan 8%, USA und England 23%, Deutschland 25%, Korea 27%).

Die Ursache wird in der Kindererziehung in der Familie gesehen. Es gibt in Japan anscheinend immer weniger strenge Eltern, das Verhältnis der Eltern zu ihren Kindern ist eher freundschaftlich. Wenig Wert wird auch auf die Moralerziehung gelegt. Nur 11% der Väter und 16% der Mütter halten ihre Kinder häufiger dazu an, nicht zu lügen (Deutschland 28 bzw. 32%, Korea 41 bzw. 42%, England 44 bzw. 49%, USA 47 bzw. 49%). Darüber hinaus sagen 76% der japanischen Väter und 70% der Mütter ihren Kindern niemals, dass sie schwächere Kinder nicht hänseln sollen. Japanische Kinder werden im Vergleich zu anderen Kindern auch von ihren Eltern seltener zum Lernen aufgefordert. In Japan herrscht somit bei der Kindererziehung eher ein „Laissez-faire“.

(Quelle: Asahi 05.02.2000)

G 8 Bildungsgipfel in Tokyo

Beim G 8 Bildungsgipfel in Tokyo, der am 2. April endete, wurde u.a. die Förderung des Fernstudiums per Internet und Satellitenübertragung vorgeschlagen. Ferner einigte man sich, die Bemühungen um ein international kompatibles Leistungspunktesystem voranzutreiben und den Wissenschaftler- und Studentenaustausch mit allen Ländern in den nächsten zehn Jahren erheblich auszubauen, um dadurch das gegenseitige Verständnis der Nationen zu vertiefen. Japan beabsichtigt, die Zahl der Studenten aus dem

Ausland zu verdoppeln. Über diese Einigungen soll den Staatsoberhäuptern beim G 8 Gipfel im Juli berichtet werden.

Bei einer Pressekonferenz nannte der Vorsitzende des Bildungsgipfels, Japans Bildungsminister Nakasone, Schulschwänzen und Schulabbruch als Problem aller Länder, das u.a. gelöst werden könnte, indem dem Fernstudium eine größere Bedeutung beigemessen wird.

Durch die großen Fortschritte in der Informationstechnologie werde das Fernstudium auch für das lebenslange Lernen immer wichtiger. Es wurde vorgeschlagen, dass Fachleute aller Länder bei einem gemeinsamen Treffen über eine internationale Zusammenarbeit von Privatunternehmen beim Fernstudium beraten und Möglichkeiten für eine Globalisierung im Bildungsbereich diskutieren sollten.

Außerdem soll geprüft werden, inwieweit sich im asiatisch-pazifischen Raum grenzüberschreitende Austauschprogramme ähnlich dem europäischen Erasmus-Programm arrangieren lassen.

Neben den Bildungsministern der Mitgliedstaaten waren bei dem Gipfel auch Vertreter der EU, der OECD und der UNESCO anwesend.

(Quelle: Nikkei 30.04.00)

Reform des Grundlagengesetzes zur Bildung

Nach einem Beschluß des japanischen Bildungsministeriums (Monbusho) sollen Fragen rund um eine Reform des 'Grundlagengesetzes zur Bildung' auf den Central Council for Education übertragen werden. Zu erörtern wäre einerseits inwieweit eine Reform des Gesetzes notwendig ist und andererseits ob seine jetzige Rolle zukünftigen Entwicklungen im Bildungswesen gerecht werden kann.

Bisher ist das Grundlagengesetz zur Bildung nie Diskussionsgegenstand des Central Council for Education gewesen. Dementsprechend kontrovers sind die Meinungen – selbst in der Regierungskoalition herrscht kein Konsens.

Der damalige Premierminister Obuchi hatte eine Gesetzesänderung begrüßt, da z.B. lebenslanges Lernen im bisherigen Gesetz nicht ausreichend berücksichtigt worden ist.

Mit dem neuen Bildungsminister Nakasone, der sich bereits vor seinem Amtsantritt einer

Revision aufgeschlossen zeigte, und dem parlamentarischer Staatssekretär Kawamura, der einem Reформаusschuß der LDP vorstand, könnte das Monbusho in Schwung gebracht werden.

Auf alle Fälle würde eine tatsächliche Revision des Gesetzes, das man auch als 'Verfassung' des Bildungswesens bezeichnen könnte, nicht nur im Bildungswesen heftigen Aufruhr hervorrufen.

(Quelle: Asahi 25.01.00)

Reformen im Schulwesen

Ab April 2000 wird das Schulgesetz dahingehend geändert, dass auch Personen, die keine Lehrbefähigung besitzen und bereits fünf Jahre Lehrerfahrung haben, Schulleiter oder stellvertretender Schulleiter an japanischen Schulen werden können. Die betroffenen Personen müssen jedoch über zehn Jahre eine Tätigkeit im Bildungsbereich ausgeübt haben (vgl. JSPS Rundschreiben 05/1999).

Ferner sollen ab April die lokalen Schulaufsichtsbehörden dazu ermächtigt werden, für die Schulleiter einen Beratungsausschuss aus Gemeindemitgliedern einzurichten, der für eine bessere Kooperation zwischen Gemeinden und Schulen sorgen soll. Dieser kann sowohl an öffentlichen als auch privaten Schulen vom Kindergarten bis zur Oberschule eingerichtet werden. Lehrer und Mitarbeiter der Schule, an der der Ausschuss eingerichtet wird, dürfen keine Mitglieder werden. Die lokalen Schulaufsichtsbehörden entscheiden über die Einrichtung eines Beratungsausschusses.

(Quelle: Japan Times: 20.01.2000)

Arbeitslosigkeit bei Schulabgängern erreicht Rekordniveau

Nach einer Studie des japanischen Bildungsministeriums hat die Arbeitslosigkeit bei Absolventen der Oberschule im letzten Jahr stark zugenommen. Eine Befragung von 270.000 Absolventen, die im März die Schule beendet hatten und eine Berufstätigkeit anstrebten, ergab, dass Ende Dezember erst 71,3% (76% d. Männer, 65,9% d. Frauen) einen Arbeitsplatz gefunden hatten (Okinawa hatte mit 62,7% die höchste Arbeitslosenquote). Dies waren 5,5% weniger als im Jahr zuvor (Männer: 4,8%, Frauen: 6,3%). Seit

Beginn der Umfrage 1976 ist dies das schlechteste Resultat.

Die Ämter für Bildungsangelegenheiten der Präfekturen sollen nun unverzüglich mit den Arbeitsämtern Jobbörsen organisieren.

(Quelle: Japan Times 03.02.2000)

Japans Premierminister formt „National Conference on Educational Reform“

Am 15. März hat der japanische Premierminister die „National Conference on Educational Reform“ zusammengestellt, die dann unverzüglich ihre Arbeit aufgenommen hat. Dieser persönliche Beratungsausschuss des Premierministers, der Untersuchungen bzgl. grundlegender Änderungen im Bildungsbereich durchführen soll, hat 26 Mitglieder (darunter fünf Frauen), die aus der Wirtschaft, der lokalen Verwaltung, dem Bildungsbereich, aus dem Bereich des Sports etc. kommen, dem aber auch Künstler und Journalisten angehören. Vorsitzender der Konferenz ist der Nobelpreisträger Professor Leo Ezaki.

Nach der ersten Sitzung am 27. März soll im Herbst ein Zwischenbericht veröffentlicht und in einem Jahr Reformvorschläge vorgelegt werden.

Im Gespräch mit Journalisten machte der Premierminister deutlich, dass auch Diskussionen über das Schulwesen und das Grundlagengesetz zur Bildung denkbar seien und dass eine Reform dieses Gesetzes ins Auge gefasst sei. Hauptthema der Konferenz sei die Hinterfragung einer möglichen Bildungsreform zur Schaffung eines Bildungsstaates, z.B.:

1. Untersuchungen zur Bildung seit Ende des Zweiten Weltkrieges,
2. Förderung des lebenslangen Lernens,
3. Globalisierung der Bildung im 21. Jahrhundert.

Bisherige Themen des Central Council of Education (beratendes Organ des Bildungsministers) und des privaten beratenden Organs des Premierministers „Pläne für Japan im 21. Jahrhundert“, das Empfehlungen für den Bildungsbereich gibt und in diesem Rahmen die Einführung von Englisch als zweiter Amtssprache befürwortet, sollen weiterverfolgt werden. Der Aufgabenbereich dieses neuen Ausschusses muss jedoch noch deutlich von dem des Central Council of Education abgegrenzt werden.

(Quelle: Nikkei 16.03.00)

Forschung mit embryonalen Stammzellen

Der Panel on Bioethics des Council for Science and Technology (beratendes Organ des Premierministers) hat am 13. März offiziell beschlossen, unter bestimmten Bedingungen die Forschung mit menschlichen embryonalen Stammzellen (ES-Zellen) zuzulassen, die die Fähigkeit besitzen, sich zu jedem Zelltyp entwickeln zu können.

Einerseits hofft man mit Hilfe von ES-Zellen schwere Krankheiten wie Parkinson behandeln zu können, andererseits hat man Bedenken bezüglich der Verwendung von befruchteten Eizellen. Daher will die Science and Technology Agency (STA) im Sommer diesen Jahres Richtlinien erstellen, die die Forschungsmöglichkeiten beschränken, und auch die ethische Frage ansprechen, die die Verwendung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken mit sich bringt.

Als konkrete Maßnahme müssen sowohl der Staat als auch die beteiligten Forschungseinrichtungen einen Ethik-Ausschuss einrichten und prüfen, ob die einzelnen Forschungsvorhaben vertretbar sind oder nicht. Die Embryonen, denen die ES-Zellen entnommen werden, müssen überzählige Embryonen sein, die für eine künstliche Befruchtung gezeugt wurden, und das Einverständnis der Spender der befruchteten Eizelle muss eingeholt werden.

STA will so schnell wie möglich die Richtlinien überarbeiten und an die Universitäten etc. weiterleiten. So hat ein Forschungsteam der Osaka University beispielsweise schon beim internen Ethik-Ausschuss einen Antrag für Grundlagenforschung gestellt, bei der aus ES-Zellen Gehirnnerven entwickelt und dann zur Behandlung von Parkinson verwendet werden sollen.

Daneben werden in der Gynäkologie bei Experimenten zur Erhöhung der Erfolgsquote bei In-vitro-Befruchtungen menschliche Zellen verwendet, ohne dass es dafür staatliche Richtlinien gibt. Da ohne eindeutige Regelungen die Angst in der Bevölkerung wächst, will man nun die Diskussion über die gesamte Forschung mit menschlichen Embryonen unter ethischen Gesichtspunkten fortsetzen.

STA hat in diesem Zusammenhang am 11. April einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das Klonen von Menschen mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren und

einer Geldstrafe von bis zu 3 Mio. Yen bestrafen soll.

Nach diesem Gesetzentwurf sollen zukünftig nicht nur einzelne Wissenschaftler, sondern auch Forschungsinstitute rechtlich haftbar gemacht werden können. Der Gesetzentwurf enthält eine Klausel, die vorsieht, dass das Gesetz bereits nach fünf Jahren novelliert werden soll, um so rechtzeitig technologische Fortschritte des Klonens berücksichtigen zu können.

Sowohl England als auch Deutschland (1990) haben Gesetze erlassen, die das Klonen verbieten, wobei dieses Vergehen in England mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren und in Deutschland mit fünf Jahren Freiheitsentzug bestraft wird.

(Quelle: Nikkei 14.03.00, Japan Times 11.04.00)

JSPS Liaison Office Bonn

Wissenschaftszentrum Bonn
PF 20 14 48, 53144 Bonn
Fax: 02 28 / 9 57 77 77

Email: jsps-bonn@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/jsps-bonn>